

Holzarbeiter-Zeitung

Nr. 15
25. Jahrgang

Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes

Berlin,
9. April 1927

Erscheint wöchentlich am Sonnabend. / Der Bezugspreis beträgt monatlich 10 Pfennig. Zu beziehen durch sämtliche Postanstalten. Die Mitglieder des Verbandes erhalten die Zeitung unentgeltlich.

Verantwortlich für die Redaktion: M. Kasper, Berlin
Redaktion und Expedition: Berlin S.O. 16, Am Abtischen Bart 2
Beratung: Moabitplatz 147/19, 14720

Der Preis der Insertate beträgt für die Leihgeschaltene Monoparallelschleife oder deren Raum 1,50 Mark. / Für Werbetextvermittlungen 75 Pfennig. / Für Verbandsanzeigen 50 Pfennig für die Zeile

Deutschlands Industrialisierung.

Zu Anfang des 19. Jahrhunderts zeigte das deutsche Wirtschaftsleben in bezug auf die Entwicklung der Produktionstechnik, der Betriebsformen und des Verkehrs noch durchaus mittelalterliche Verhältnisse. Die Kleinhafterei mit ihren engstirnigen, aber absoluten Herrschern hinderte die Entfaltung der wirtschaftlichen Kräfte. Erst als unter den wuchtigen Schlägen Napoleons das alte Reich zertrümmert war und dann 1806 bei Jena auch Preußen dem Ansturm des korsischen Imperators unterlag, da war zugleich der Untergang des alten Wirtschafts-

systems besiegelt. Die Wirtschaft begann nun ihre Entwicklung zur modernen kapitalistischen Form.

Der erste Entwicklungsabschnitt reicht von 1806 bis zur Gründung des Deutschen Zollvereins im Jahre 1834. In diese Zeit fällt die Aufhebung der Leibeigenschaft und die Einführung der Gewerbefreiheit, wenigstens in einigen Ländern, darunter Preußen. Der Entwicklung der industriellen Wirtschaft hindernd im Wege standen sehr vor allem die zahlreichen Zollschranken innerhalb des Deutschen Reiches. Allein in Preußen

Übersicht über die Zahl der Gewerbebetriebe mit den beschäftigten Personen.

	Gewerbebetriebe mit beschäftigten Personen						Zunahme seit 1907						Auf je 100 Beschäftigte kommen weibliche	
	1907		1925		absolut		Prozent							
	Betriebe	beschäftigte Personen insgesamt weibliche	Betriebe	beschäftigte Personen insgesamt weibliche	Betriebe	beschäftigte Personen insgesamt weibliche	Betriebe	beschäftigte Personen insgesamt weibliche	Betriebe	beschäftigte Personen insgesamt weibliche	1907	1925		
Gewerbe, Handel, Verkehr insges.	2082599	13275442	3282017	3412342	17053653	4565353	129743	3778211	1283336	14,4	28,5	39,1	24,7	26,8
Holz- und Schnitzstoffgewerbe	212775	761835	56273	218091	945957	88161	5316	180522	31891	2,5	23,6	56,7	7,4	9,3
Musikinstr. u. Spielwarenindustrie	14357	83091	22711	20140	118616	41394	5783	35525	18488	40,3	42,8	82,3	27,3	34,9
Holzindustrie insgesamt	227132	847926	78984	238231	1063978	120558	11099	216047	50574	4,9	25,5	64,0	9,3	12,2

bestanden bis zur Zolltarifreform von 1818 mehr als 60 zum Teil grundverschiedene Zolltarife und natürlich ebenso viele Zollgrenzen. Sogar die Städte waren meist von dem platten Lande durch Zollgrenzen getrennt. Die Gründung des Zollvereins beseitigte diese Zustände.

Damit beginnt der zweite Entwicklungsabschnitt, der bis zur Beendigung des deutsch-französischen Krieges im Jahre 1871 reicht. Zu Beginn dieses Abschnittes stand die deutsche Industrie noch in ihren ersten Anfängen. Die Bevölkerung in ihrer großen Mehrheit, etwa 80 Prozent, lebte von Ackerbau und Viehzucht. Deutschland war damals noch ein ausgesprochenes Agrarland. Aber schon wenige Jahre später zeigte sich ein reges industrielles Leben. Die Dampfmaschine begann ihren Siegeszug. 1837 repräsentierten die in Preußen vorhandenen Dampfmaschinen etwa 7000 Pferdekraft, 1855 waren es schon fast 62 000. 1835 fuhr die erste deutsche Eisenbahn, 1850 zählte das Eisenbahnnetz 6044 Kilometer, 1860 bereits 11 633 und 1870 schon 19 575 Kilometer. Auch die Schifffahrt erfuhr einen mächtigen Aufschwung.

Während zu Beginn des zweiten Entwicklungsabschnittes in Preußen etwa 80 Prozent der Bevölkerung auf die Land- und Forstwirtschaft entfielen, sank deren Anteil bis 1848 auf etwa 64 und bis 1870 auf etwa 57 Prozent. Der zweite Entwicklungsabschnitt leitete den Übergang vom Agrarstaat zum Industriestaat ein, er vollzog sich endgültig im dritten Entwicklungsabschnitt, der von 1871 bis zum Ausbruch des Weltkrieges reicht. Nach den Reichsstatistiken entfielen von 100 Erwerbstätigen 1882 43 auf die Land- und Forstwirtschaft, 1895 waren es noch 36 und 1907 noch 33. Die Industrialisierung machte von Jahr zu Jahr immer gewaltigere Fortschritte. 1882 betrug die Zahl der in Gewerbebetrieben Beschäftigten 7 340 789, 1895 waren es 10 269 269, und 1907 waren es 14 436 258; seit 1882 beträgt die Zunahme 96,6 und seit 1895 40,6 Prozent.

Der dritte Entwicklungsabschnitt ist die eigentliche Geburtszeit des modernen Kapitalismus. Der Klein- und Mittelbetrieb kam wirtschaftlich immer mehr ins Hintertreffen, herrichend wurden die Großbetriebe. Später schlossen sich diese noch zu Kartellen, Trusten und Konzernen zusammen und wurden dadurch in immer stärkerem Maße zum Beherrschender der Wirtschaft und des Staates. Diese Entwicklung hat eich

den Weltkrieg und die Inflation einen mächtigen Antrieb erhalten. Mit dem Weltkrieg begann ein neuer Entwicklungsabschnitt, sein Kennzeichen ist der Zusammenschluß der Unternehmer zu großen und finanzkräftigen Wirtschaftsgruppen und die planmäßige Rationalisierung der Wirtschaft.

Die Entwicklung der deutschen Wirtschaft macht in den letzten Jahren so gewaltige Fortschritte, daß jede Statistik bei der Veröffentlichung ihrer Ergebnisse längst wieder überholt ist. Das gilt auch für die Betriebs- und Berufszählung vom 16. Juni 1925. Nachdem das Statistische Reichsamt vor einiger Zeit begonnen hat, einige Erhebungszahlen aus den Ländern zu veröffentlichen, erscheinen jetzt die ersten Reichsergebnisse der gewerblichen Betriebszählung. Sie ergab in abgerundeten Zahlen:

- 3,5 Millionen gewerbliche Betriebe,
- 18,4 Millionen beschäftigte Personen (Arbeiter, Angestellte und Unternehmer),
- 19,3 Millionen Pferdekraft installierter Kraftmaschinenleistung zum Antrieb von Arbeitsmaschinen,
- 37,0 Millionen Pferdekraftleistung der verwendeten (Land-, Wasser- und Luft-) Fahrzeuge aller Art.

Wie ist nun das zahlenmäßige Ergebnis der Gegenüberstellung von 1907 und 1925? Ein genauer Vergleich läßt sich leider nicht ziehen, da das Erhebungsgebiet in technischer und räumlicher Hinsicht nicht beide Male das gleiche ist. 1907 wurden die staatlichen Verkehrsbetriebe (Eisenbahn und Post), ferner die Privat-

bahnen, Kranken-, Heil- und Pflegeanstalten nicht mitgezählt, diesmal erstreckt sich die Erhebung nicht auf das noch besetzte deutsche Saargebiet. Werden die Erhebungsgebiete von 1907 und 1925 gleichgemacht, dann ergibt sich die in der nebenstehenden Übersicht aufgemachte Gegenüberstellung. In der Gesamtindustrie (Gewerbe, Handel und Verkehr) beträgt die Zunahme der Betriebe 429 743 oder 14,4 Prozent, die Zunahme der beschäftigten Personen (hier wie bei allen Zahlen die Arbeiter, Angestellten und Unternehmer) 3 778 211 oder 28,2 Prozent.

Die Holzindustrie bleibt mit ihrem Zuwachs unter dem allgemeinen Durchschnitt. Im Holz- und Schnitzstoffgewerbe haben sich die Betriebe nur um 2,5 Prozent vermehrt, die Beschäftigten dagegen um 23,6 Prozent. In der Musikinstrumenten- und Spielwarenindustrie haben die Betriebe und die Personen in ziemlich gleichem Maße zugenommen. Die Holzindustrie insgesamt zählte im Juni 1925 238 231 Betriebe mit 1 063 231 Personen, darunter 129 558 Frauen. Wieviel Holzarbeiter und Holzarbeiterinnen in diesen Zahlen stecken, steht heute noch nicht fest. Aber soviel ist sicher, daß unser Holzarbeiter-Verband noch ein großes Agitationsfeld hat.

Mehr noch als die Zunahme der Betriebe und Personen gibt die Zunahme der Kraftmaschinenleistung zum Antrieb von Arbeitsmaschinen einen guten Anhalt für die gewaltigen Veränderungen in der deutschen Industrie. Die Statistik unterscheidet zwischen Primär- und Elektromotoren. Primärmotoren sind Wind-, Wasser- und Dampfmaschinen. Elektro- oder Sekundärmotoren sind Maschinen mit elektrischem Antrieb. 1907 überwiegen die Primärmotoren, heute stehen die Elektromotoren an erster Stelle. Der Gesamtwirtschaft standen 1907 Antriebsmaschinen mit insgesamt 7 746 076 Pferdekraften zur Verfügung, 1925 aber mit 17 656 660 Pferdekraften. Das ist eine Zunahme von 9 910 584 oder 127,9 Prozent.

Auf 100 beschäftigte Personen kamen 1925 in der Gesamtindustrie 105,0 Pferdekraft Kraftmaschinenleistung, in der Holzindustrie 100,2. Das Holz- und Schnitzstoffgewerbe steht hier mit 108,2 über, die Musikinstrumenten- und Spielwarenindustrie mit 36,9 weit unter dem Gesamtdurchschnitt.

Die Zählung der Kraftmaschinenleistung erfolgte vor Beginn der großen Rationalisierung, in der wir uns gegenwärtig befinden. Inzwischen sind die Unternehmer weiter mit Erfolg bestrebt gewesen, den Menschen durch die Maschine zu ersetzen. Das beweist die große Arbeitslosigkeit. Aber nichts wäre verkehrter, als wenn die Arbeiterschaft sich nun gegen die Rationalisierung und damit gegen die weitere Industrialisierung Deutschlands wenden würde. Deutschland muß diesen Weg gehen, nicht zuletzt im Interesse seiner Arbeiterschaft. Deren Aufgabe ist es, dafür zu sorgen, daß die Erfolge der Rationalisierung der Allgemeinheit zugute kommen und nicht, wie heute, ausschließlich den Unternehmern. Die Arbeiterschaft bildet dank der fortschreitenden Industrialisierung der Wirtschaft die große Mehrheit des Volkes. Sie hat es in der Hand, Richtung und Ziel der Wirtschaft zu bestimmen. Welche sie von diesem Recht doch endlich Gebrauch!

Leistung der zum Antrieb von Arbeitsmaschinen verwendeten Kraft.

	Verwendung motorischer Kraft						Zunahme seit 1907				Primär- und Elektromotoren auf 100 beschäftigte Personen	
	1907		1925		Zunahme		Prozent					
	Primär-Motoren	Elektro-Motoren	zusammen	Primär-Motoren	Elektro-Motoren	zusammen	Primär-Motoren	Elektro-Motoren	zusammen	1907	1925	
Gewerbe, Handel, Verkehr insgesamt	6223458	1522618	7746076	6031357	11625303	17656660	192101	10102685	9910584	127,9	58,4	105,0
Holz- u. Schnitzstoffgewerbe	376085	78025	454110	422102	600368	1022470	46017	522343	568360	125,2	59,4	108,2
Musikinstrumenten- u. Spielwarenind.	11551	6592	18143	10111	33664	43775	1440	27073	25652	141,5	21,8	36,9
Holzindustrie insgesamt	387636	84617	472253	432213	634032	1066245	44577	549415	593992	125,8	35,7	100,2

Organisierte und Unorganisierte.

Die Gewerkschaften sind der Schutzhülle und Schirm der lohnarbeitenden Bevölkerung. Ohne sie würden die Arbeiter...

Dem Organisierten ist solches Schmarotertum verhasst. Er sieht in dem Unorganisierten mit Recht seinen Feind.

Der Unternehmer, vor die Entscheidung gestellt, entweder auf die Arbeitskraft der Organisierten oder die des Unorganisierten zu verzichten...

Ein Paugehäut stellte einen Zimmermann ein. Der Vertrauensmann forderte einige Tage später die Verbandsblätter zur Kontrolle...

Ihre Papiere forderten, weil sich der Kläger nicht organisieren wolle. Der Polier ließ daraufhin den Kläger herbei...

Das der Sachverhalt, wie er vom Landgericht festgestellt wurde. Auf Grund dieser Tatsachen kommt das Gericht zur folgenden Entscheidung...

In diesem Verhalten des Beklagten kann eine zum Schadenersatz verpflichtende unerlaubte Handlungswese deshalb nicht erblickt werden...

Das Landgericht Dresden verweist auf die Urteile der Hamburger Gerichte und des Reichsgerichts. Bei diesen Rechtsstreiten lagen die Dinge so...

Unorganisierten zum Anschluss an den Verband zu bewegen, gestattet sei. Auch Streiks und Aussperrungen seien bis zu einem gewissen Grade ein erlaubtes Druckmittel...

Das Landgericht Dresden würde, wenn die Zimmerer vom Streik gesprochen hätten, den beklagten Vertrauensmann wahrscheinlich auch verurteilt haben.

Die Grenzen nieder!

Von Wilhelm Sollmann, M. d. R.

Auch heute erblicke ich in der Mannigfaltigkeit unserer staatlichen Verhältnisse eine unererschöpfliche Krastaneile...

Die Beratung des Haushalts für das Reichsministerium des Innern, die im Rahmen der allgemeinen Haushaltsverhandlungen Mitte März dieses Jahres den Reichstag beschäftigte...

Die Gründung des Kaiserreichs im Jahre 1871 erfolgte in der Form, daß die deutschen Fürsten als formal unabhängige und gleichberechtigte Staatsoberhäupter einen „ewigen“ Bund schlossen...

Durch den Sturz der Dynastien im November 1918 und durch die republikanische Verfassung von Weimar wurden die Glieder des Reiches staatsrechtlich und tatsächlich ihres bundesstaatlichen Charakters entkleidet.

Wachsen im Frühling.

Die schöpferische Gestaltungskraft der Natur, die aus dem Atom die lebensfähige Zelle und aus Zellenmilionen allmächtig die Form schafft...

Großen Einfluß auf den Beginn und Verlauf des Pflanzenwachstums hat die Temperatur, denn für jede Pflanze besteht ein bestimmtes Wärmegebiet...

das ungemein rasche Wachsen gewisser Tropengewächse, so z. B. einer auf Ceylon wachsenden Bambusart (Dendrocalamus), an der man innerhalb 24 Stunden einen Höhenzuwachs von 57 Zentimeter festgestellt hat.

Wärme kann somit auf das Wachstum der Pflanze in erster Linie einwirkend und die Schnelligkeit fördernd einwirken, wogegen der Lichteinfluß auf das Pflanzenwachstum zurücktritt...

Gewebe, Haardecken und dergleichen oder entsprechende, der Sonne abgewendete Stellungen — zu schützen suchen. Alle weder Wärme noch Lichtstärke wären allein imstande...

Was manche Pflanzen während ihres Wachstums an Wasser brauchen, ist wirklich ganz erstaunlich. An einer Versuchskultur von Puff- oder Saubohnen (Vicia faba) beobachtete man...

Zu den fesselndsten Beobachtungen, die uns das Pflanzenwachstum vermittelt, gehört noch die Feststellung des...

Die deutsche Sozialdemokratie hat seit jeher den deutschen Einheitsstaat angestrebt. Das ist nicht so zu verstehen, wie manche Gegner dieses Gedankens behaupten, daß die Reichshauptstadt Berlin zu einer unbedingten Zentrale für alles politische, wirtschaftliche und kulturelle Leben des deutschen Volkes werden müsse. Auch in, und gerade in einem Einheitsstaate können durch vernünftige Dezentralisation provinzielle Zentren erhalten und geschaffen werden. Die jetzigen deutschen geborenen Zusammenschluß der thüringischen Zwergstaaten abseht, nichts anderes als Gebilde, die durch deutsche Bruderkriege, durch Gewaltfriedensschlüsse und durch die Diktate ausländischer Machthaber, vor allem Napoleon, zustande gekommen sind. Es läßt sich weder ein nationaler Grund noch gar eine Erwägung zweckmäßiger Verwaltung für das Fortbestehen der jetzigen Länder anführen.

Die deutsche Landkarte ist in Wahrheit ein Spottbild auf die Erkenntnisse und die Verkehrsverhältnisse des 20. Jahrhunderts. Noch immer gibt es 18 deutsche Länder mit ihren Hauptstädten und zentralen Verwaltungen. Noch immer wird jede wichtige gesetzgeberische Maßnahme in Deutschland von 18 Zentralverwaltungen umkämpft. Von den 2562 Parlamentariern Deutschlands entfallen 2000 auf die Länder. Neben den 11 Reichsministern gibt es 63 Minister in den deutschen Ländern. Selbst der Dorfstaat Waldeck mit 57 000 Einwohnern leistet sich ein Parlament und ein Ministerium. Seit dem Umsturz sind in Deutschland rund 100 Regierungen verbraucht worden, davon nur 14 im Reich.

Das, was der Reichsminister von Reudell „eine unerlöschliche Kraftquelle“ genannt hat, steht so aus: Preußen hat 38 070 000 Einwohner, das „Souveräne“ Waldeck nur 57 000, Schaumburg-Lippe 110 400 Einwohner. Man muß die deutschen Länder Waldeck, Schaumburg-Lippe, Lübeck, Lippe-Detmold, Bremen, Anhalt, Braunschweig, Oldenburg, Mecklenburg-Schwerin und Hamburg zusammenwerfen, um auch nur die Einwohnerzahl von Berlin — 4 Millionen — zu erreichen. Noch zwei weitere deutsche Länder, Hessen und Thüringen, müssen hinzutreten, damit man nur annähernd die Einwohnerzahl erhält, die allein die preußische Rheinprovinz auf sich vereinigt. (7 1/2 Millionen Einwohner.)

Es ist unfassbar, wie jemand, der sich nicht von unpolitischen Sentimentalitäten und von Kirchturnsfragen leiten läßt, eine solche „Gliederung“ verteidigen will. In den letzten 130 Jahren ist die Zahl der deutschen Gliedstaaten von annähernd 300 auf 18 zusammengeschmolzen. Warum sollte gerade jetzt diese Entwicklung zu Ende sein? Die jetzigen deutschen Länder sind rein dynastische Gebilde, aus Hausmachtsinteressen entstanden und zusammengeschaltet worden. Mit dem Verschwinden der Dynastien haben die jetzigen Grenzen innerhalb des Reiches ihren Sinn verloren.

Ganz abwegig ist die gerade in Bayern immer wiederkehrende Behauptung, daß der Einheitsstaat die Eigenart der deutschen Länder zerstöre. Diese Eigenart ist Einbildung. Gerade in Bayern sind ganz verschiedene Volksstämme staatlich zusammengehalten, mindestens Franken, Schwaben und Bayern. Das kleine Waldeck hat 25 000 Hessen und 25 000 Niedersachsen. Ganz nebelhaft wird diese „Eigenart“ auf den deutschen Gebieten, wo eine riesenhafte wirtschaftliche Entwicklung aus allen Winkeln Deutschlands proletarische Massen hat zusammenströmen lassen.

Vielfach verbergen sich hinter dem Kampfe für Aufrechterhaltung und Erweiterung der Reste staatlichen Eigenlebens in den deutschen Ländern rein antidemokratische Absichten. Die bayerische Regierung hat dies in zwei Denkschriften, die seit Jahren der Reichsregierung vorliegen, deutlich genug zum Ausdruck gebracht. Diesen herrschenden bayerischen Schichten ist der neudeutsche Verfassungsgedanke, „Die Staatsgewalt geht vom Volke aus“, unerträglich. Ihr Ideal ist noch immer das Königtum und eine Bevormundung der proletarischen Klasse durch Adel, Bürgertum und Bauerntum. Die Sozialdemokratie erblickt in einem einheitlichen, zweckmäßig gegliederten Deutschen Reich ein Ziel, das Staatsverwaltung, politisches Leben und wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland erleichtert. In einem Jahrhundert, von dem wir erwarten, daß es die Staaten und Völker Europas endlich enger aneinanderführt, können wir die Grenzen innerhalb Deutschlands, die bei allzu vielen Volksgenossen auch den geistigen Horizont einengen, nicht mehr ertragen. Wir wollen und werden sie niederlegen.

Rundgebungen der Unternehmer gegen das Arbeitszeitnotgesetz.

In dem Ringen zwischen den Unternehmer- und Arbeiterinteressen um die Gestaltung des Arbeitszeitnotgesetzes im Besitzbürgerblock haben, wie vorausgesehen war, die Unternehmer gesiegt. Die christlichen Gewerkschaftsführer haben sich löblich unterworfen, und sie sind nun bemüht, die Scheinkonzessionen, die ihnen gemacht wurden, zu großen Erfolgen aufzubauen.

Die Unternehmer, die ihren Willen durchgesetzt haben, zeigen Verständnis für die Lage der armen Schächer, die die Arbeiterinteressen auf dem Altar des Besitzbürgerblocks geopfert haben. Gewissermaßen als Entlastungsopfer für die in Bedrängnis geratenen Christen, von denen die Besitzbürger noch manche freundliche Hilfe erwarten, vollführen die Unternehmerverbände ein großes Geschrei. Sie suchen den Anschein zu erwecken, als würde ihnen durch das Arbeitszeitnotgesetz ein großes Unrecht zugefügt.

Nebenbei bemerkt, ist dieses Notgesetz noch nicht verabschiedet. Die Verhandlungen im Reichstag, die in der ersten Aprilwoche steigen sollen, sind eine, vom Standpunkt der Besitzbürger betrachtet, leider nicht zu umgehende Formalität. Das Gesetz selbst ist fertig; es ist nicht zu erwarten, daß es noch eine Änderung erfährt. Das Bombardement, welches jetzt die Unternehmerorganisationen gegen das Gesetz unternehmen, hat lediglich den Zweck, den christlichen Führern Beistand zu leisten. Diese weisen auch bereits auf die Erklärungen hin und auf die Tatsache, daß das Gesetz von den freien Gewerkschaften in gleich scharfer Weise bekämpft wird wie von den Unternehmern. Daraus können die, die nicht alle werden, erkennen, wie klug die christlichen Führer gehandelt haben, als sie sich dafür entschieden, daß den Arbeitern statt der geforderten Sicherung des Achtstundentages weiße Salbe geboten wurde.

Die Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, die sozialpolitische Spitzenorganisation der Unternehmer, erblickt in dem Notgesetz einen Bruch mit den Grundsätzen des bisherigen Rechts. In der von ihr veröffentlichten Rundgebung heißt es:

„Die Vereinigung der Arbeitgeberverbände hält es für ihre Pflicht, mit allem Nachdruck auf die schweren

geschehenen Mängel des Entwurfs hinzuweisen. Der vorliegende Entwurf macht den Versuch, in einem Gesetz drei verschiedene Rechtsmaterien, die wiederum von den verschiedenartigsten Grundlagen ausgehen, zu vereinen, nämlich die jetzige Arbeitszeitverordnung vom 21. Dezember 1923, den Entwurf des Arbeitschutzgesetzes und das Washingtoner Arbeitszeitabkommen. Überschneidungen zwischen den einzelnen Bestimmungen und gesetzestechnische Unklarheiten und Unvollkommenheiten entstehen, die eine Erkenntnis der Bedeutung des Gesetzes für die in der Praxis stehenden Kreise in vielen Fällen so gut wie unmöglich machen würden. Darüber hinaus greift der Entwurf zum Teil in bestehende Rechtsgebiete mit Bestimmungen ein, die einen Bruch mit den Grundsätzen des bisherigen Rechts, insbesondere des Verfahrensrechts, bei der Entscheidung von Einzel- und Gesamts Streitigkeiten bilden. Der Deutsche Reichstag ist damit im Begriff, ein Gesetz zu schaffen, das, ganz abgesehen von seinen sozial- und wirtschaftspolitischen Grundlagen, in seiner äußeren Gesetzestechnik alle Grundsätze vermissen läßt, die für eine reibungslose und vor allem der Förderung des sozialen Friedens dienende Durchführung eines sozialpolitischen Gesetzes unerlässlich sind.“

Die wirtschaftspolitische Spitzenorganisation der Unternehmer, der Reichsverband der Deutschen Industrie, tut so, als ob er von dem Notgesetz die schlimmsten Folgen für Deutschlands Wirtschaft erwarte. In der am 25. März abgehaltenen Präsidialsitzung des Reichsverbandes hat man sich mit der Frage beschäftigt und eine Entschliebung angenommen, in der gesagt wird:

„Die Verkürzung der Arbeitszeit in Verbindung mit einer gesetzlich festgesetzten Lohnerhöhung ohne die Sicherheit einer entsprechenden Steigerung der Leistungen bedeutet eine Einschränkung der Produktivität der deutschen Wirtschaft, die sich naturgemäß in einer Preiserhöhung der Produkte und letzten Endes in einer Konsumeinschränkung auswirken muß. Dadurch wird der Prozeß der Konsolidierung der deutschen Wirtschaft nicht nur gehemmt, sondern es wird darüber hinaus in zahlreichen Wirtschaftszweigen eine weitere Verschlechterung der Lage eintreten. Die in dem Antrag der Regierungsparteien zu dem Arbeitszeitnotgesetz festgelegten Bestimmungen bedeuten eine Verschärfung der Schematisierung der Entlohnung, die untragbar ist. Es wird damit bedauerlicherweise das Gegenteil von dem, was das Interesse der breiten Massen der Bevölkerung erfordert, erreicht, zu einer Besserung ihrer Lebenshaltung kann es auf diese Weise nicht kommen.“

Man braucht sich mit diesen Rundgebungen nicht lächlich auseinanderzusetzen. Sie sind von ihren Urhebern nicht ernst gemeint. Lediglich unter dem Gesichtspunkt einer den christlichen Gewerkschaftsvertretern im Reichstag gewährten Rückendeckung sind sie zu würdigen. Die in den Rundgebungen der Unternehmer geäußerten schweren Bedenken werden die parlamentarischen Vertreter des Unternehmeriums nicht hindern, für den Kompromiß des Besitzbürgerblocks zu stimmen. Wenn dann die Vertreter der industriellen Arm in Arm mit den Vertretern der christlichen Gewerkschaften das Gesetz gegen den Achtstundentag angenommen haben, wird sich vielleicht noch Gelegenheit bieten, auf diese Erklärungen zurückzukommen.

makas, in dem die einzelnen Pflanzen und pflanzlichen Organismen wachsen. Nach den jüngsten Untersuchungen hat sich das schnellste Wachstum an einem Pilz (Dietiophora) wahrnehmen lassen, der in der Minute um fünf Millimeter zunahm. Staubfäden von Gräsern wuchsen in einer Minute um 1 1/2 Millimeter, während der Kürbisstengel um 0,1 Millimeter in der Minute länger wurde. In Prozenten ausgedrückt, ließ sich das Minutenwachstum beispielsweise bei den Pollenschläuchen der Gartenbalsamine mit 100, den Pollenschläuchen einer anderen Balsaminengattung (Impatiens Hawkeri) sogar mit 200 bewerten. Hierzu muß freilich bemerkt werden, daß ein solches Rekordwachstum von der Pflanze aber fast in allen Fällen nur kurze Zeit hindurch, so bei den Staubfäden der Gräser überhaupt nur einige Minuten lang, eingehalten werden kann. Unter den Pflanzen sind als besonders schnellwachsende Formen an erster Stelle einige Eukalyptusarten zu nennen. Ein Eukalyptus, der im Jahre 1874 in Patavia eingepflanzt worden war, hatte nach drei Jahren schon die stattliche Höhe von 17 Meter erreicht; weitere drei Jahre später war er über 20 Meter hoch. Auch die Molukken-Abzissa, ein in seiner Heimat sehr geschätzter Schattenbaum, kann nach einem Jahr schon eine Höhe von fünf, ja manchmal selbst von sechs Meter erreichen.
M. A. von Lütgendorff.

Tätigkeitssumme die Hand mit der Nadel oder mit der Maschine verrichtet. Nach den Richtlinien für den Verbrauch von Nähzutaten, die dem Reichstarif beigegeben sind, werden genau die Zwirnmeter angegeben, mit denen der Arbeiter zur Herstellung eines Anzuges auszukommen hat. An Garn, Festgarn und Maschinenseide, ohne den Zwirn für Knopfannähern, werden für das Jackett 225 Meter errechnet, für den Sommerpaletot 266 Meter, für den Winterpaletot 270 Meter, für Ulster 398 Meter, für die Hose 100 Meter und für die Weste 70 Meter. Ein Jackettmacher, der in der Woche acht Stück liefert, hätte demnach in der Woche einen Faden von 1800 Meter verarbeitet, im Jahre einen solchen von 93 600 Meter und in 25 Jahren einen Faden von 2340 Kilometer. Dieser Faden würde in seiner Länge einer Entfernung von Berlin bis nach Cadix in Spanien gleichkommen, dem äußersten Punkt Europas in südwestlicher Richtung. Der Hosenschneider mit 20 Stück in der Woche und 1040 im Jahr verarbeitet in 25 Jahren einen Faden von 1600 Kilometer Länge, er würde ungefähr nur bis Madrid gelangen. Im Tarif der Mantelnäherinnen und allgemein bei den Heimarbeiterinnen, wo man beim Nähen von glatten Nähten schon von einem Nähmetertarif spricht, wird das Steppen einer Nacht auf der Maschine der Meter mit einer Minute gerechnet, welche Zeit um vieles, je nach der Arbeit und der Geschicklichkeit der Näherin, geschlängelt wird. Der Faden, den eine Heimarbeiterin in 14- und 16stündiger Arbeitszeit abrollt, würde gewiß beide Erdpole verbinden, wenn ihr nicht bei ihrer lang entlohnten Arbeit der Lebensfaden allzu schnell reifen würde, denn man rechnet bei der hohen Sterblichkeit der Heimarbeiterinnen nur mit einer durchschnittlichen Berufstätigkeit von 6 bis 8 Jahren.

Die Tagesleistung eines Maurers wurde vor dem Kriege in Akford bis zu 1000 Steinen gewertet, diese Leistung soll durch den Druck der Verhältnisse heute um vieles hinausgetrieben worden sein. Nehmen wir nur die Durchschnittsleistung von 1000 Steinen, so ergibt sich folgendes Bild: Ein Mauerstein hat etwa 25 Zentimeter Länge, 12 Zentimeter

Breite und 6 Zentimeter Höhe. Diese Steine in ihrer Länge aneinandergelagert, würden demnach 250 Meter Länge als Tagesleistung ergeben, ohne die Fugen, die der Arbeiter mit Mörtel füllt. Nimmt man für die Saison im Höchstfalle nur 250 vollbeschäftigte Tage an, so ergibt das Längenmaß bereits 62 Kilometer. Da bekanntlich ein guter Großstadtmaurer höchstens 15 Jahre auf dem Bau vollwertig zu konfekturieren vermag und schon vor seinem 40. Lebensjahr aus dem Akford ausscheidet, so hätte er auf einer Strecke von 930 Kilometer Steine gelegt, was etwa dem Bahnweg von Hamburg-Altona nach Basel entspricht. Rechnet man noch die übrige Zeit seiner Arbeitsjahre hinzu, in der er ja auch nicht untätig ist, so darf man ruhig annehmen, daß er bis nach Venedig gelangen würde. 1000 Mauersteine breit aneinandergelagert, bedecken die Fläche von 30 Quadratmeter, was im Jahr 7500 Quadratmeter ausmachen würde und in 15 Jahren 112 500 Quadratmeter gleich 43 preuß. Morgen.

Bei einem Paketausträger nimmt die Post an, daß er täglich 300 Pakete austrägt. Jedes Paket nach dem alten Fünftiloggewicht gerechnet, würde 1500 Kilo am Tage betragen, im Jahre 450 000 Kilo und in einem Dienstalter von 25 Jahren die Last von 11 250 Tonnen. Dieses Gewicht macht ungefähr die Ladung von 750 Güterwagen aus. Ein Briefträger hat in Berlin in seinem Revier etwa 50 Aufgänge zu bedienen, die ihm heute meist bis ins fünfte Stockwerk hinaufzuführen. Rechnet man nur vier Stockwerke mit 80 Stufen, so hat er bereits auf einem Reviergang 4000 Stufen erstiegen gleich einer Höhe von 800 Meter. Er würde demnach bei 18 Postgängen in der Woche den Mount Everest mit 8000 Meter fast fünfmal überschritten haben. Ein Landbriefträger begeh durchschnittlich täglich 28 Kilometer. Das entspricht einer Jahresleistung von etwa 9000 Kilometer und einer Lebensleistung in 25 Jahren von 225 000 Kilometer. Er hätte demnach auf seinen Postgängen fünf und ein halbes Mal die Äquatorlinie um die Erde umkreist, um welche sportliche Leistung ihm weder der Postminister noch sonst ein Mensch gratuliert hat.

Was Arbeiter und Beamte leisten.

Aber die ungeheure Arbeitsmasse der Arbeiter und Beamten macht man sich im allgemeinen nur sehr geringe Vorstellungen. Einige Beispiele werden gezeigt, wieviel auch der kleinste Mann in seinem Leben schafft.

In der Bekleidungsindustrie, speziell bei den Schneidern, ist der Tarif bereits 800 Einzelpositionen aufweist, erscheint es fast unmöglich, das Werk des Einzelarbeiters zu messen, wenn es, wie es häufig geschieht, in der Werkstatt oft durch mehrere Hände geht. Und doch findet sich in diesem Gewerbe ein interessanter Anhaltspunkt, der aufzeigt, welche



Holzindustrie



Mologa-Holzindustrie U.G.

Die Mologa-Holzindustrie U.G. hat, wie in Nummer 11 der „Holzarbeiter-Zeitung“ berichtet wurde, bei der Reichsregierung eine Subvention in Höhe von 25 Millionen Mark beantragt. Dieses Subventionsgesuch hat in der Öffentlichkeit lebhaften Widerhall gefunden. Die meisten Stimmen waren aus den gleichen Gründen wie wir gegen eine Subvention. Die Reichsregierung, die anfänglich bedenklisch schwankte, hat sich jetzt der öffentlichen Meinung angeschlossen und das Gesuch abgelehnt. Halbamtlich wird gemeldet:

„Da bisher weder von russischer noch von deutscher Konzessionsseite die an einen Reichskredit gestellten Bedingungen angefragt worden sind, ist nicht mehr zu erwarten, daß eine Mologa-Subvention durch das Reich erfolgt.“

Der endgültige Termin, bis zu dem die Parteien sich äußern mußten, läuft allerdings erst am 31. März ab. In diesem Tage werden die bereits zweimal prolongierten Wechselschulden der Mologa bei der russischen Staatsbank fällig. Zu deren Einlösung sollten die von der Mologa beantragten Kredite aus deutschen öffentlichen Mitteln mit Verwendung finden. Wenn also formal auch noch nicht die letzte Entscheidung gefallen ist, so ist doch die jetzige Situation wahrscheinlich, daß die Mologa liquidiert werden muß.“

Das Zentralorgan der Kommunistischen Partei, die „Rote Fahne“, veröffentlichte vorstehende Notiz am 30. März mit der Überschrift „Die Bürgerblockregierung gegen die Mologa“. Diese Überschrift läßt erkennen, daß die Kommunisten die Bewilligung der 25 Millionen Mark gern gesehen hätten. Am 24. März beschäftigte sich die „Rote Fahne“ ausführlich mit der Sache, und auch hier ließ sie durchblicken, daß sie für die Subvention ist. Zwar machte sie einige Vorbehalte, die auf dem Papier „revolutionär“ aussehen, praktisch aber ohne jede Bedeutung sind. Wir stimmen den Kommunisten zu, daß die Herstellung neuer und die Festigung bestehender wirtschaftlicher Beziehungen zu Rußland auch im Interesse der deutschen Arbeiter liegen. Aus diesem Grunde haben wir die Gründung der Mologa-Holzindustrie U.G. begrüßt und diese wiederholt gegen unberechtigte Angriffe in Schutz genommen. Wir würden es lebhaft bedauern, wenn sie jetzt liquidieren würde. Die wiedergegebene Meldung spricht von einem Liquidieren müssen als Folge der Ablehnung der beantragten Subvention. Davon kann gar keine Rede sein. Die hinter der Mologa U.G. stehenden Unternehmergruppen sind so finanziell kräftig (eine Ausnahme macht im Augenblick vielleicht die Firma Himmelsbach), daß sie die Gesellschaft mit Leichtigkeit wieder flottmachen können.

Eine andere Frage ist die, ob das Mologa-Unternehmen sich auf die Dauer rentieren wird. Die deutschen Kapitalisten bestreiten dies unter Hinweis auf die weitgehenden Verpflichtungen aus dem Konzessionsvertrage. Die „Rote

Fahne“ schreibt nun, „daß die Sowjetunion der Mologa weitherzig entgegengekommen ist. Sie hat, wie die deutsche amtliche Meldung zugeben muß, die Wechselschuld der Mologa bei der Russischen Staatsbank zweimal verlängert. Sie hat die Mologa auch sonst in jeder Weise finanziell unterstützt.“

Wenn Sowjetrußland deutsche Kapitalisten „weitherzig“ unterstützt, dann ist das keine Sache. Es hat dazu auch allen Grund. Die Dinge liegen doch so, daß Rußland seine Holzwirtschaft ohne Hilfe von ausländischen Kapitalisten nicht in Gang bringen kann. In seinem Interesse liegt das Weiterbestehen der Mologa-Holzindustrie U.G. Deutschland hat von ihr keinen, jedenfalls keinen offensichtlichen Nutzen. Darum ist es nicht Aufgabe der deutschen, sondern der russischen Regierung, der Mologa zu helfen. Tut sie es nicht, dann ist es ihr, nicht unser Schaden.

Nach der Niederschrift vorstehender Zeilen wird bekannt, daß die Mologa-Holzindustrie U.G. die Geschäftsaufsicht beantragt hat. In diesem Beschluß kann man das Bestreben der Geschäftsleitung sehen, das Unternehmen wieder flottzumachen. Bestände diese Hoffnung nicht, dann wäre wohl die Liquidation und nicht die Geschäftsaufsicht beschlossen worden.

Südafrika verzichtet auf ausländische Möbel.

In der „Industrie- und Handels-Zeitung“ berichtet Dr. M. V. Breyne über die fortschreitende Industrialisierung Südafrikas. Auch die Möbelindustrie macht hier große Fortschritte. Breyne schreibt:

„Ein typisches Zeichen der Industrialisierung wie des Schließens von überseeischen Märkten kann man darin erblicken, daß, wie ich oben bereits angeführt habe, die Hausmöbelindustrie sich in schnellem Tempo ausdehnt. Alle Hausmöbel, die in Afrika benutzt wurden und früher eingeführt wurden, werden jetzt im eigenen Lande hergestellt. Es ist direkt eine Mode geworden, sein Haus stillet zu haben und mit inländischen Möbeln, die nur aus inländischen Holzarten (aus der Union und aus Rhodesien) angefertigt sind, auszustatten.“

Auch andere Länder gehen immer mehr dazu über, ihren Warenbedarf im eigenen Lande zu decken. In den sogenannten Rohstoffgebieten macht in letzter Zeit die Industrialisierung gewaltige Fortschritte. Die Regierungen gründen neue Industrien, die dadurch lebensfähig gemacht werden, daß die Einfuhr ausländischer Erzeugnisse durch hohe Zölle erschwert oder ganz unmöglich gemacht wird. Unter dieser Entwicklung leiden die alten Industrieländer, wie England und Deutschland, besonders schwer. Die fortschreitende Industrialisierung der Welt ist der tiefere Grund für den ungünstigen Stand unserer Warenausfuhr.

Schiedspruch für die feinkeramische Industrie.

Der vom Reichsarbeitsministerium bestellte Schlichter hat am 25. März für die feinkeramische Industrie einen Schiedspruch gefällt, nach welchem die Tariflöhne ab 1. April um 10 Prozent, ab 1. Oktober um weitere 2 Prozent erhöht werden. Die tatsächlichen Löhne werden um 6 Prozent erhöht. Der Unternehmer kann wöchentlich zu der 48stündigen Arbeitszeit drei Überstunden verlangen, die mit 10 Prozent Aufschlag zu bezahlen sind. Doch muß diese Überzeit nach längstens zwei Monaten eingestellt werden und ein Monat ohne Überstunden folgen. Weitere Überstunden können nur mit der Betriebsverwaltung vereinbart werden und müssen dann mit 25 Prozent Aufschlag vergütet werden.

Schon vorher hatte die Unternehmerorganisation eine allgemeine Aussperrung angekündigt. Dieser Drohung folgte auch trotz des Schiedspruchs die Tat. Am 28. März wurden in Nord- und Mitteldeutschland, in Thüringen, Bayern und Schlesien etwa 40 000 Porzellanarbeiter ausgesperrt. Nach der erfolgten Ankündigung soll sich die Zahl der Aussperrten bis zum 2. April auf 60 000 erhöhen. Inzwischen haben die Arbeiter den Schiedspruch angenommen, die Unternehmer haben ihn abgelehnt. Der Reichsarbeitsminister hat darauf die Parteien auf den 31. März geladen.

Schiedspruch im Maßschneidergewerbe.

Über die Lohnforderung der Maßschneider wurde in den Tagen vom 11. bis 13. März in Würzburg unter dem Vorsitz von drei Unparteiischen verhandelt. Die Arbeiter hatten eine Lohnerhöhung von 15 Prozent gefordert. Die Unternehmer wollten eine Anzahl Städte niedriger eingruppierten und den Heimarbeiterzuschlag von 10 auf 5 Prozent herabsetzen. Der gefällte Schiedspruch lehnte die Verschlechterungen ab und sprach den Arbeitern eine Erhöhung des Lohnes um 6 bis 9 Prozent zu. Danach steigt der Spitzenlohn in der 1. Städtegruppe in der Herrenmaßschneiderei auf 1,05 Mk., in der Damenmaßschneiderei für männliche Arbeiter auf 1,15 Mk., für Arbeiterinnen auf 0,86 Mk. Da dieser Spruch von den Unternehmern abgelehnt wurde, wurde mit Zustimmung beider Parteien ein Schiedsgericht eingesetzt, das endgültig entscheiden sollte. Dieses Schiedsgericht trat am 25. März im Reichsarbeitsministerium zusammen. Durch seine Entscheidung wurde der Würzburger Schiedspruch bestätigt. Er ist ab 19. März in Kraft getreten.

Schiedspruch für den Ruhrbergbau.

Am 18. März wurde nach viertägigen Verhandlungen vor dem in Bochum gebildeten Schiedsgericht ein Schiedspruch gefällt, der die von den Arbeitern geforderte Verkürzung der Arbeitszeit unter Tage ablehnt. Für Überarbeit wurde in den nicht durchgehenden Betrieben die Arbeitszeit von 10 auf 9 Stunden und die Schichtzeit von 12 auf 10 Stunden verkürzt. In den durchgehenden Betrieben werden für die zehnte Stunde 25 Prozent Zuschlag gewährt. Arbeiter mit „überwiegender Arbeitsbereitschaft“ erhalten nur 10 Prozent Zuschlag. Der Manteltarif soll bis 1. Januar 1929 unfindbar sein. Dieser Schiedspruch wurde von den Bergarbeiterverbänden aller Richtungen abgelehnt. Daß alsdann auch die Unternehmer den Schiedspruch ablehnten, hatte nur taktische Bedeutung. Aber die Spekulation erwies sich als richtig. Der Reichsarbeitsminister hat den Schiedspruch für verbindlich erklärt.

Schiedspruch für die Zigarrenindustrie.

Die Zigarrenfabrikanten haben die Forderung der Arbeiter nach Lohnerhöhung mit einer Erklärung beantwortet, nach welcher auch die bescheidenste Lohnerhöhung untragbar sei und Betriebseinschränkungen zur Folge haben würde. Trotzdem seien sie aber bereit, über eine Abgeltung der Mieterhöhung zu verhandeln, vorausgesetzt, daß mindestens für ein Jahr abgeschlossen wird. Das klingt ganz so wie die Erklärung der Unternehmer in der Holzindustrie. Die Zigarrenfabrikanten waren aber darüber hinaus der Meinung, daß für eine Reihe von Artikeln noch ein erheblicher Abbau der Löhne eintreten müßte. Nach vergeblichen Verhandlungen wurde am 24. März im Reichsarbeitsministerium ein Schiedspruch gefällt, nach welchem ab 1. April die derzeitigen Löhne um 10 Prozent erhöht werden. Den Anspruch auf Zuschlag für die ersten drei Überstunden über die 48stündige Arbeitswoche hinaus erkennt der Schiedspruch nicht an, erst für die dann folgenden drei Überstunden werden 10 Prozent, für weitere 25 Prozent Zuschlag gewährt.

Ohne den Ablauf der bis zum 1. April festgelegten Erklärungsfrist abzuwarten, hat der Reichsverband der Zigarrenhersteller nicht nur den Schiedspruch abgelehnt, sondern auch die Generalaussperrung der Zigarrenarbeiter vom 16. April an beschlossen. Wird diese Drohung wahrgemacht, dann werden von ihr etwa 125 000 Arbeiter betroffen.

Die Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten A.-G. nimmt Spareinlagen von einer Mark gegen übliche Verzinsung an. Einzahlungen können erfolgen in der Zentrale Berlin, Postcheckkonto Berlin 3898, in den Filialen Hamburg, Postcheckkonto 22 530, und Breslau, Postcheckkonto Breslau 411 sowie in den Ortsausstellungen des ADGB. Arbeitergeld gehört in die Arbeiterbank!

Gewerkschaftsbewegung

Hoch der Achtstundentag!

Die Vorstände des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, des Gewerkschaftsrings deutscher Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenverbände und des Allgemeinen freien Angestelltenbundes erklären nach Prüfung des zwischen den Regierungsparteien vereinbarten Entwurfs eines Gesetzes zur Abänderung der Arbeitszeitverordnung, daß der neue Entwurf von den Gewerkschaften ebenso entschieden abgelehnt werden muß wie der am 26. Februar veröffentlichte Vorentwurf.

Während die Gewerkschaften die Wiederherstellung des Achtstundentages fordern, begnügt sich der Regierungsentwurf damit, die Überschreitung des Zehnstundentages einzuschränken.

An den für die regelmäßige Überschreitung des Achtstundentages entscheidenden Bestimmungen der Arbeitszeitverordnung will der Entwurf nichts ändern.

Aber selbst die Überschreitung des Zehnstundentages soll auch künftig in weitgehendem Maße zulässig sein und in sehr vielen Fällen ohne vorausgegangene behördliche Genehmigung einzig von der Entscheidung des Unternehmers abhängen.

Gegenüber diesen Absichten erklären die unterzeichneten Vorstände erneut, daß es das Lebensinteresse der Arbeitnehmer und die wachsende Not der Millionen Arbeitsloser erfordern, der Verlängerung der Arbeitszeit über 8 Stunden täglich mit allen Kräften entgegenzutreten.

Sie fordern deshalb die deutsche Arbeitnehmerschaft auf, der Parole ihrer Verbände zu folgen und die Leistung von Überzeitarbeit fortan aus eigenem Entschluß abzulehnen.

Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund.

Allgemeiner freier Angestellten-Bund.

Gewerkschaftsring deutscher Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenverbände.

Max Hecht gestorben.

Der Vorsitzende des Verbandes der Kupferschmiede, Max Hecht, ist am 31. März nach kurzer Krankheit gestorben. Der Verstorbenen, der nur ein Alter von 52 Jahren erreicht hat, ist schon frühzeitig seiner Organisation beigetreten. Im Jahre 1907 wurde er zum besoldeten Angestellten der Berliner Verwaltungsstelle seines Verbandes gewählt. Bald darauf erfolgte seine Berufung in den Vorstandsvorstand, und seit dem Jahre 1916 bekleidete er das Amt des Verbandsvorsitzenden. Er hat sich um seine Organisation und die Gewerkschaftsbewegung große Verdienste erworben, die ihm unvergessen bleiben.

Der Reichstarifvertrag für das Baugewerbe.

Nachdem in den einzelnen Bezirken zu dem neuen Tarifvertrag Stellung genommen war, tagte am 23. März eine Reichskonferenz des Baugewerksbundes, um die endgültige Entscheidung zu treffen. Das Ergebnis war die einstimmig dem Vorstandsvorstand erteilte Ermächtigung, den Vertrag zu vollziehen. Der Zimmererverband beschäftigte sich am 28. März auf einem außerordentlichen Verbandstag mit dem gleichen Gegenstand. Das Ergebnis war die Annahme des Vertrages mit 103 gegen 59 Stimmen.

Urabstimmung im Buchdrucker-Verband.

Aber die Annahme des neuen Tarifs ist im Buchdrucker-Verband durch Urabstimmung entschieden worden. An der Urabstimmung haben sich 81 Prozent der Stimmberechtigten beteiligt. Von den 79 843 Mitgliedern wurden 64 688 gültige und 616 ungültige Stimmen abgegeben. Für die Annahme stimmten 43 204, dagegen 20 884 Mitglieder. Der Tarif ist somit mit mehr als Zweidrittelmehrheit angenommen.



Internationale Union der Holzarbeiter



Zur Lage der Holzarbeiter in Belgien.

In Belgien sind die Verbände der Bauarbeiter und der Holzarbeiter seit dem Jahre 1920 zu einer gemeinsamen Organisation verschmolzen. Es hat sich jedoch gezeigt, daß gesonderte Berufskongresse notwendig sind, um die speziellen Berufsfragen eingehender zu beraten. Am 20. Februar fand daher in Brüssel ein Kongreß der Holz- und Möbelerbeiter statt. Über die Probleme, die dort erörtert wurden, unterrichtet der Bericht, den der Sekretär, Kollege Houwaert, im „Bulletin“ der Internationalen Union veröffentlicht, und dem wir das Folgende entnehmen:

„Der Lohnfrage wurde notwendigerweise die besondere Aufmerksamkeit des Kongresses entgegengebracht. Gibt es doch in der belgischen Holzindustrie seit Ende 1924 kein Landeslohnabkommen mehr. Sogar in den einzelnen Bezirken sind präkäre und kurzfristige Lohnabkommen nur ausnahmsweise abgeschlossen worden. Infolge dieser Umstände gibt es eine sehr große Spanne zwischen den Löhnen in den einzelnen Bezirken. Während in gewissen Bezirken der Lohn über 5 Franken pro Stunde beträgt, hat man in anderen kaum einen Stundenlohn von 3,25 Franken erzielen können. Dabei muß allerdings noch in Betracht gezogen werden, daß sogar der Höchstsatz noch recht wesentlich dem den Arbeitern auf Grund der Teuerung gebührenden Lohn nachsteht. Von den sozialen Reformen, die bereits seit vielen Jahren von unserem Verband verfolgt werden, ist bislang nichts oder fast nichts verwirklicht worden.“

Zur richtigen Einsicht in die augenblicklichen Verhältnisse in Belgien halten wir es für angebracht, hier einen Rückblick auf die Entwicklung der Arbeitsbedingungen in der belgischen Holzindustrie einzuschalten.

Bald nach dem Waffenstillstand wurde eine kräftige Aktion zur Heraushebung der Löhne eingeleitet. Die Löhne hatten während des Krieges keine Änderung erfahren und nicht Schritt gehalten mit den schnell verteuerten Lebenshaltungskosten. Die Meßziffer der Lebenshaltungskosten betrug 396 im Januar 1920 gegen 100 im April 1914.

Diese erste Aktion wurde mit einem vollen Erfolg abgeschlossen. Anfang 1920 wurde von dem gemischten Ausschuß im Holzgewerbe ein Landesabkommen vereinbart, das für ein Jahr abgeschlossen wurde und bei einer Meßziffer von 400 Punkten einen Minimalstundenlohn festsetzte, der für die verschiedenen Bezirke von 2 bis 2,50 Franken abgestuft war. Der neue Minimallohn betrug etwa das Fünffache des Vorkriegslohnes. Der erzielte Erfolg war einerseits auf die sehr günstige und aussichtsreiche Geschäftslage, andererseits auf den gewaltigen Aufschwung der Gewerkschaftsbewegung zurückzuführen.

Die Hoffnung auf einen dauernd blühenden Geschäftsgang erwies sich bald als trügerisch; in den letzten Monaten des Jahres 1920 und während des ganzen Jahres 1921 herrschte in der belgischen Holzindustrie eine wichtige Krise. Die Lebenshaltungskosten stiegen, und im Januar 1921 betrug die Meßziffer schon 450.

Angesichts dieser Lage weigerten sich die Unternehmer, das Lohnabkommen zu verlängern. Damit trat in bezug auf die Lohnregelung eine Periode der Anarchie ein, in der das Unternehmertum versuchte, die Löhne allerorts abzubauen, wogegen die Arbeiter unter Ausbietung aller Kräfte anzukämpfen hatten. Viele Periode dauerte zwei Jahre. Es wurden eine Unmenge partieller Streiks durchgeführt, die im großen ganzen zugunsten der Arbeiter abgeschlossen werden konnten, weil die Wirtschaftskrise um die Mitte des Jahres 1922 ein Ende nahm und die Kosten der Lebenshaltung im Rückgang begriffen waren: Die Meßziffer ging von 450 im Januar 1921 auf 383 im Januar 1923 zurück.

Diese Umstände führten abermals zu einer Ausprache zwischen den beiden Parteien. Um die Mitte des Jahres 1923 wurden im gemischten Landesausschuß für das Holzgewerbe die Verhandlungen über den Abschluß eines neuen Landesabkommens wiederaufgenommen. Die Beratungen gestalteten sich außerordentlich schwierig, so daß erst nach sechs Monaten eine Verständigung erzielt wurde. Im Januar 1924 konnte der Vertrag unterschrieben werden. Der neue Vertrag setzte allerdings für die einzelnen Bezirke nur das Lohnminimum und die Lohnänderungen nach der jeweiligen Meßziffer der Lebenshaltungskosten fest. Alle anderen Forderungen, so besonders die sozialen Reformen, mußten noch zurückgestellt werden. Der Vertrag war nicht für eine beschränkte Periode abgeschlossen. Er sollte gelten, solange die Meßziffer der Lebenshaltungskosten sich zwischen den Punkten 380 und 490 bewegen würde. Sonst wäre zum Weitergelten eine abermalige Verständigung zwischen den Parteien erforderlich. Bei einer Meßziffer von 490 wurden die Minimallohne auf 2,50 bis 3,15 Franken festgesetzt. Die Lohnaufbesserung betrug also 60 Centimes im Vergleich mit dem Jahre 1920 oder 25 Prozent im Vergleich mit den Vorkriegsjahren.

Widerwartig legten Schwierigkeiten ein, die dem Vertrag ein bestimmtes Ende bewiesen. Im Laufe des Jahres 1925 wuchs die Kurve der Lebenshaltungskosten wieder an, und die oben erwähnte Grenze der Geltungsdauer des Vertrages war fast erreicht, als das Abkommen unterschrieben wurde. Im Jahre 1926 ist die Lebenshaltungskosten sogar noch

mehr, so daß die Löhne dauernd erhöht werden mußten, was schließlich die Unternehmer zu verdrängen begann. Sie begannen die aufs neue einsetzende industrielle Krise dazu, den Vertrag zu kündigen, so daß dieser am 15. Dezember 1924 außer Kraft trat. Er wurde in der Folge nicht verlängert, so daß wiederum eine Periode der Anarchie einsetzte.

Das Jahr 1925 war allerdings für die Arbeiter nicht ungünstig. Der Geschäftsgang verbesserte sich bald, und die Lebenshaltung blieb mehr oder weniger stabil, so daß der Verband die Gelegenheit bekam, in den Bezirken, wo der abgelaufene Vertrag noch nicht ganz durchgeführt war, die Löhne zu nivellieren. Endlich schien es, daß wir auch den Kampf um Durchführung der geforderten sozialen Reformen aufnehmen könnten. Da wurde Belgien plötzlich, im März 1926, von einer Währungskrise betroffen, die sofort auf die Lebenshaltungskosten einen verhängnisvollen Einfluß ausübte. In wenigen Monaten stieg die Meßziffer um über 200 Punkte. Allen Bemühungen des Verbandes zum Trotz war es nicht möglich, das Lohnniveau zu halten. Die Reallohne gingen bald um 25 bis 40 Prozent zurück.

Seit dem 25. Oktober 1926 ist die belgische Währung stabilisiert. Sollten die Erwartungen nicht trügen, so kann damit gerechnet werden, daß sogar unter den schwierigsten Umständen die Stabilisierung erhalten werden kann. Damit ergibt sich auch die Hoffnung auf eine allmähliche Anpassung der Lebenshaltungskosten an den neuen Geldwert, wodurch der Schwankung der Meßziffer Einhalt geboten und die Möglichkeit einer Stabilisierung der Löhne eröffnet wird. Es sei noch erwähnt, daß die bescheidene Basis, auf der die Währungsstabilisierung erfolgte — das Pfund Sterling zu 175 Franken — einer allzu wichtigen Wirtschaftskrise vorbeugen dürfte.

Diesen Augenblick hat unser Verband dazu gewählt, um auf seinem Kongreß die Forderungen aufzustellen, die bei neuen Tarifverhandlungen verfolgt werden sollen.“

Das Internationale Sekretariat und die Möbelerbeiter in Australien.

Zwischen dem Sekretär der Internationalen Union und den Organisationen der Holzarbeiter in verschiedenen noch nicht angeschlossenen Ländern außerhalb Europas wird eine briefliche Verbindung aufrechterhalten, die bereits gute Früchte gezeitigt hat. Auch der Anschluß Australiens dürfte in absehbarer Zeit erfolgen. In der neuesten Nummer des „Bulletin“ schreibt der Sekretär:

„Die Internationale Union der Holzarbeiter ist unablässig bestrebt, die außereuropäischen Holzarbeiterverbände in ihren Wirkungskreis zu ziehen. Erfolgreiche Ergebnisse dieser Propaganda sind die Anschlüsse Nordamerikas, Kubas und Südafrikas. Außerdem unterhält sie sehr freundschaftliche und fruchtbare Verbindungen mit verschiedenen noch nicht angeschlossenen Organisationen außerhalb Europas. Zu den wichtigsten Verbindungen rechnet sie die mit den Kollegen A u s t r a l i e n s, deren bisheriges Fernbleiben sie immer als eine große Lücke in ihren Reihen empfunden hat.“

Das Sekretariat der Internationalen Union trägt sich seit einigen Monaten mit der Hoffnung, daß sich in dieser Hinsicht bald mit einem zufriedenstellenden Abschluß unserer Propaganda rechnen läßt. Ausschlaggebend für die Änderung des Verhaltens der australischen Kollegen dürfte vor allem die auf praktische Ziele gerichtete Informationsarbeit der Internationalen Union sein.“

Der Sekretär teilt weiter mit, daß er auf seine Anfrage über Löhne und Arbeitsbedingungen in Australien sehr ausführliche Auskünfte erhalten hat, die mit den Berichten aus anderen Ländern demnächst veröffentlicht werden. Im Anschluß daran drückt er den ihm zugegangenen, aus M e l b o u r n e, den 1. Oktober 1926, datierten Brief des Kollegen S t e w a r t, des Bundessekretärs der australischen Organisation ab, in dem es heißt:

„Ich bestätige den Eingang Ihres Schreibens, betreffend unseren Anschluß an die Internationale Union der Holzarbeiter. Abschriften desselben sind an sämtliche Mitglieder unseres Bundesrates abgegangen, damit sie die Angelegenheit erwägen und einen Beschluß fassen können. Sobald ich ihre Antworten erhalten habe, werde ich Ihnen Mitteilung machen.“

Augenblicklich machen die Gewerkschaften Australiens vereinte Anstrengungen, um die 44-Stunden-Woche allgemein durchzuführen. Ich denke, Ihnen in meinem nächsten Schreiben darüber nähere Mitteilungen machen zu können.“

In Victoria schägen wir die Bemühungen Eurer Internationalen. Wir erwarten, daß aus diesen Internationalen Bestrebungen ein härterer Zusammenschluß sämtlicher Arbeiter in allen Industrien hervorgehen wird, der einem besseren Verständnis und einer größeren Kameradschaft zwischen allen Arbeitern der Welt den Weg bereiten wird. Nur auf diesem Wege kann nach unserer Meinung der Krieg beseitigt und die Befreiung der Arbeiterklasse durchgeführt werden.“

Kollege Wendenberg teilt weiter mit, daß sich der australische Bundessekretär inzwischen an ihn gewandt habe mit der Bitte um Auskunft über Löhne und Arbeitsbedingungen in Europa. Dieser Bitte ist natürlich sofort entsprochen worden.

Lohnkämpfe in Finnland.

Im Jahre 1926 war der finnische Holzarbeiter-Verband (Suomen Puuteollisuusväen Liitto) in schwere Lohnkämpfe verwickelt. Eine allgemeine Unterstützungsaktion durch die Internationale Union einzuleiten war nach Lage der Dinge nicht möglich, doch haben die skandinavischen Bruderverbände auf Grund des zwischen ihnen bestehenden Gegenseitigkeitsvertrages dem finnischen Verband wirksame finanzielle Hilfe geleistet. Der infolgedessen erzielte Erfolg hat zu einer beachtlichen Steigerung der Mitgliederzahl geführt, die sich im Jahre 1926 von 7665 auf 9473 erhöhte. Über die geführten Kämpfe unterrichtet der im „Bulletin“ abgedruckte Bericht des Kollegen Antti Räsänen an die Internationale Union, dem wir das Folgende entnehmen:

„Wir sind jetzt in der Lage, über die Lohnbewegungen des vergangenen Jahres zu berichten, zu deren Führung wir durch Vermittlung des Skandinavischen Holzarbeiter-Sekretariats Unterstützung erhielten. Wir erhielten folgende Unterstützungsbeträge: Aus Norwegen (3 Verbände) 6100 Kronen, aus Schweden (1 Verband) 16 000 Kronen, aus Dänemark (7 Verbände) 6700 Kronen oder insgesamt 28 800 Kronen. Ohne diese Unterstützung wäre es uns nicht möglich gewesen, diese Kämpfe durchzuführen, die nun aber von uns gewonnen wurden. Den größten Sieg erzielten wir in Remi, wo die größte Holzunternehmung des Landes, die Aktiengesellschaft Remi O. Y., für die Dauer eines Jahres einen Kollektivvertrag mit der Gewerkschaft hat abschließen müssen. Durch diesen Kampf zwangen wir gleichzeitig den Arbeitgeberverein in der Sägewerksindustrie, unsere Organisation als gleichberechtigten Partner am Verhandlungstisch anzuerkennen und mit unseren Vertretern zu unterhandeln, was seit dem Jahre 1918 nicht mehr geschehen war.“

Während des Jahres 1926 gerieten 24 Verwaltungsstellen des Verbandes in offenen Streit mit den Unternehmern. Die Gesamtmitgliederzahl dieser Verwaltungsstellen betrug 2166. An den Streiks nahmen insgesamt 6135 Arbeiter teil, von denen eine Anzahl Mitglieder anderer Verbände waren. In 14 Verwaltungsstellen wurden Streitfragen durch Verhandlungen beigelegt. Die Gesamtmitgliederzahl dieser Verwaltungsstellen betrug 1500, die Zahl der beteiligten Arbeiter 4735. An den Lohnbewegungen waren demnach insgesamt 38 Verwaltungsstellen und 10 860 Arbeiter beteiligt. Diese Ziffern sind die höchsten, die die Holzindustrie unseres Landes aufweisen kann. Das Jahr 1926 hat denn auch die Bezeichnung „Jahr der Streiks“ erhalten.

Nicht alle Kämpfe sind mit einem zufriedenstellenden Ergebnis abgeschlossen worden, doch muß im großen und ganzen das Resultat als gut bezeichnet werden. Mit Ausnahme des Tischlerstreiks in Kuopio wurden alle Konflikte mit einem vollständigen oder teilweisen Sieg der Arbeiter beendet. Die Löhne konnten im Durchschnitt um 10 bis 13 Prozent erhöht werden. In einigen Fällen wurden weit größere Lohn erhöhungen — bis 36 Prozent — erzielt, aber diese betrafen besondere Kategorien. Zwei Streiks sind noch nicht abgeschlossen worden, nämlich ein Tischlerstreik in Niihimäki und ein Sägewerksarbeiterstreik in Brahestad, aber diese sind von kleinerem Umfang und dürften gleichfalls mit einem Sieg der Arbeiter enden.

Unsere Kämpfe waren im wesentlichen prinzipieller Natur. In dieser Beziehung ist der Sieg vollständig, indem die Unternehmer und ihre Organisationen gezwungen wurden, mit unseren Vertretern zu verhandeln. So teilte der Arbeitgeberverein in der Sägewerksindustrie mit, daß er zukünftig eventuelle Streitfragen durch direkte Verhandlungen zwischen den Organisationen beizulegen wünschte, weil der vom Arbeitgeberverein bisher eingenommene Standpunkt sich als zu kostspielig gezeigt hatte.

Von einer mehr detaillierten Darstellung wollen wir diesmal Abstand nehmen, weil ja die obenstehende Übersicht ein Bild des Umfangs und des Ergebnisses der Kämpfe gibt. Ein derartiges Ergebnis wäre, wie bereits bemerkt, sicherlich nicht erreicht worden, sofern die Bruderverbände in Norwegen, Schweden und Dänemark uns nicht hilfreich zur Seite gestanden hätten.

Für diese Unterstützung sprechen wir ihnen im Namen unseres Verbandes und der beteiligten Arbeiter unseren Dank aus, wobei wir gleichzeitig die Tatsache feststellen, daß, je besser und fester unsere Verbindungen mit den Bruderverbänden in den anderen Ländern sind, je besser wir im Stande sein werden, unsere Kämpfe mit Erfolg durchzuführen.“

Anschluß des schwedischen Wald- und Flößereiarbeiter-Verbandes an die I.U.

Der schwedische Wald- und Flößereiarbeiter-Verband (Svenska Slogs- och Flöttningsarbetareförbundet), Sitz Gäddede, ist am 1. Januar 1927 der Internationalen Union der Holzarbeiter beigetreten. Die Organisation zählt 16 000 Mitglieder und ist dem schwedischen Kartell der Holz-, Zellstoff- und Papierarbeiter sowie dem skandinavischen Holzarbeiter-Sekretariat angeschlossen.

Wie der Fuchs den Enten predigt.

Jeder kennt die hübsche Tierfabel vom hungrigen Fuchs, der den Enten die frohe Botschaft von dem im Tierreich geschlossenen Frieden bringt...

Wir bewundern den Mut des „Holzmarkt“, der eventuellen Bannflüche trotzt und den Vorwurf, daß er nichts versteht, mit Gleichmut hinnimmt...

Vermutlich sind es die Lohnverhandlungen im Holzgewerbe, über die sich der „Holzmarkt“ überflüssigerweise schon einmal den Kopf zerbrochen hat...

Der „Holzmarkt“ zeichnet sein Ideal so: „Wenn jeder Unternehmer gutwillig, freundlich und wohlwollend direkt mit seinen eigenen Arbeitern verkehrt...“

Man soll dem „Holzmarkt“ nicht nachhaken, daß er sein Auge völlig vor den wirklichen Tatsachen verschließt. Die Sekretäre und Syndizi hat er besonders ins Herz geschlossen...

Zwischen den Syndizi der Unternehmerverbände und den Angestellten der Gewerkschaften gibt es aber einen grundsätzlichen Unterschied. Die Vertreter der Arbeiter...

sind selbst Arbeiter. Sie haben als Arbeiter in den Betrieben gestanden und die „Ähnlichkeiten“ des Arbeiterdaseins am eigenen Leibe auskostet. Als Arbeiter im Betrieb waren sie die Wortführer ihrer Kollegen...

Der Unternehmer Syndikus ist der bezahlte Angestellte der Unternehmer. Seiner sozialen Stellung nach gehört er zu den Arbeitern, aber er wird dafür bezahlt, daß er die Interessen der Unternehmer gegenüber seinen Klassen-genossen vertritt...

Doch das nebenbei. Der „Holzmarkt“ schließt seine Epistel mit der Mahnung, daß, wer sich für den Gedanken des Austritts aus der Organisation einsetzen will, dafür wirken soll, nicht nur, indem er selbst austritt...

Nachigall, ich hör' dir laufen! möchte man da mit Onkel Präsig ausrufen. Der „Holzmarkt“ ist schlau, er versteht etwas. Daß die Unternehmer ihre Organisation nicht im Stich lassen, weiß er. Aber, wie muß das auf die Arbeiter wirken, so denkt er, wenn man ihnen „wirksam vorliest“...

Es gibt unter den Arbeitern allerdings auch unsaubere Charaktere, die den Rugen, den die Verbandstätigkeit bringt, gern auch für sich in Anspruch nehmen, aber die Leistung von Beiträgen für die Organisation den anderen überlassen...

Schneller, als erwartet, läßt der „Holzmarkt“ die Maste fallen. In seiner Nr. 74, vom 29. März, hat er die Fuchs-

predigt mit der Überschrift „Wozu Arbeitgeber-Verbände?“ veröffentlicht, und bereits in seiner Nr. 75, vom folgenden Tage, teilt er mit, daß zahlreiche telephonische Bestellungen auf eine größere Zahl von Exemplaren der Nummer mit dem schönen Artikel bei ihm eingegangen seien...

Bücher und Zeitschriften

Alle nachstehend angezeigten Bücher können durch die Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes GmbH, Berlin SO. 16, Am Köllnischen Park 2, bezogen werden.

„Die Arbeit“, Zeitschrift für Gewerkschaftspolitik und Wirtschaftskunde. Herausgeber: Theodor Leipart, Redakteur: Lothar Erdmann. Verlags-gesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes...

„Die Gewerkschaftsbewegung in Schweden.“ Von Sigfrid Hansson. Internationales Gewerkschaftsbibliothek, Heft 6. 63 Seiten. 1927. Verlag: Internationaler Gewerkschaftsbund, Amsterdam...

Die Wohnungsfrage und die Bedeutung der sozialen Baubetriebe. Von Karl Hermann (Minister a. D.), Bezirksleiter des Verbandes sozialer Baubetriebe. Herausgegeben vom Verband sozialer Baubetriebe G. m. b. H., Berlin 1927...

Turnierfäger, möglichst unzerstört in jeder Hinsicht...

Hobelbänke, in Original, Eibe, Beste gelb. Rotf. Eisenst., samt Größ. 2 m lg., 78 Mk. Karl Ransch, Pirna, Gartenstr. 4.

Leim- u. Furnieröfen, fertige Öfen für (Fein-)Grotts. Getr. Bellinger, Erzbergstr. 1.

Tischlerschule, Blankenburg am Harz, Ausbildung als Meister, Techniker u. Einzelmeister Programm geg. Rückg.

Eiserne Furnierböcke, 2 verstellbare Stahlböcke, beide Maße 1,0 m, Holzpreis 1 Stück 27 Mk. bei jeder Bestellung. Max Walther, Dresden 22.

Laubsägerei, 30 Jahre, Schönbach, Heft 3, 4, 5, 6, 7, 8, 9, 10, 11, 12, 13, 14, 15, 16, 17, 18, 19, 20, 21, 22, 23, 24, 25, 26, 27, 28, 29, 30, 31, 32, 33, 34, 35, 36, 37, 38, 39, 40, 41, 42, 43, 44, 45, 46, 47, 48, 49, 50, 51, 52, 53, 54, 55, 56, 57, 58, 59, 60, 61, 62, 63, 64, 65, 66, 67, 68, 69, 70, 71, 72, 73, 74, 75, 76, 77, 78, 79, 80, 81, 82, 83, 84, 85, 86, 87, 88, 89, 90, 91, 92, 93, 94, 95, 96, 97, 98, 99, 100.

Die Bildhauerei, Heft 1 - 1927

Abbildungen ausgeführter Arbeiten in Holz und anderem Material, dazu pflanzliche Naturaufnahmen. Preis: 3 Mark! Bezugspreis für die Mitglieder des Verbandes beim Bezug durch die Verlagsstelle nur 2 Mark!

Das Biegen des Holzes, Ein für Holzfabrikanten, Egen- und Schreiner, Förster u. andere Holzgewerbetreibende. Von H. E. Eger. Mit 119 Zeichnungen. Preis 10 Mark. Verlagsgesellschaft des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes, G. m. b. H., Berlin SO. 16, Am Köllnischen Park 2.

Stuhlflchtrohr! Beste, erzielte Qualität. Halbgl. rotband Nr. 2a 32 42. pro Pfund Mk. 4.20 4.- 3.30. Bei 9 Pfund 10 Prozent Rabatt! Walther, Dresden-N., Reichenfelder Str. 53.

Engl. Bildhauer-Werkzeuge, Verlangen Sie sofort neue Preise. Tischler-Werkzeug-Neuheiten. Otto Bergmann, Berlin-Lichterfelde-West.

Jetzt ist lieferbar der oft angeforderte Möbelkatalog Neuzeitliche Möbel, enthaltend Speisezimmer, Herrenzimmer, Schlafzimmer und Küche, dazu Einzelmöbe, Standuhren, Tische, Stühle, Sessel, Sofas, Bettlöwen. Preis 6 Mark!

Verlagsanstalt d. Deutschen Holzarbeiter-Verbandes, GmbH, Berlin SO. 16, Am Köllnischen Park 2

Hobelbänke, Ia Qualität, süddeutsche Ausführung, Blatt u. Gestell gelb, trocken Buchholz, 26 cm Frästlänge, mit Stahlspindel, zum Beizenpreis von 96 Mk. mit Verpackung frei jeder Station. Abbildungen gratis. Werkzeugspektre zeigen 20 Pl. Einzelmarken. Max Walther, Dresden 22, Reichenfelder Straße 53.

Kollegen! Vorratsschrei für Hobelbänke! Schwere Ausführung, gedämpfte Rothbuche, 2 m lang, Stahlspindel, 80 Mk. inkl. Verpackung. Jede andere Bank liefert. Katalog 20 Pl. Baubüro-Beir.-Verb. Schles., Abt. Werkzeuge, Liegnitz, Chausseestr. 1.

Knaurs Halbleder-Lurusbücherei, Jeder band 3,75 Mark Feinestes holzartiges Papier. Mit einem bezeichneten Werte sind auch für die reifere Jugend geeignet.

*Hauff, Wilhelm: Lichtenstein (395 Seiten). Wundervoller historischer Liebesroman aus der Zeit Ulrichs von Hutten von wirklich poetischer Gestaltung, realistischen Grundzug u. geschichtlicher Stimmung. *Sugo, Victor: Der Glöckner von Notre Dame (392 Seiten). Eine tieftragische Liebesgeschichte aus der Reformationszeit in Paris mit dem ergreifenden Schicksal des buchtigen Glöckners. Bekanntester Wert des Autors. Jacobsen, Jens Peter: Niels Lyhne (311 Seiten). Eine der poetischsten Liebesgeschichten von selten schöner Sprache. Das beste Werk dieses nordischen Meisters. *Keller, Gottfried: Züricher Novellen (350 Seiten). Prächtige Liebesgeschichten und kulturhistorische Erzählungen aus der Vergangenheit Zürichs. Stoff und Menschen mit zwingender Logik aufgebaut, in glühender Sprache. *Keller, Gottfried: Der grüne Heinrich (880 Seiten). Bedeutendstes Werk Kellers. Tiefempfundene Jugendeindrücke und schillerungskräftiges Naturgefühl. größtenteils Selbstbiographie, seltene praktische Lebensweisheit. *Keller, Gottfried: Die Leute von Seidwyla (572 S.). Novellen von seltener Schönheit. In Romeo und Julia auf dem Lande steigert sich der Stoff aus leichten lieblichen Anfängen bis zu erschütternder Tragik.